

Der WirtschaftsReport

Nachrichten und Kommentare

Januar 2011

3. Jahrgang

DIE KATZBUCKELEI von Wirtschaft und Medien gegenüber Hu Jintao:

Vom chinesischen Wunschdenken der „Großen Zwei“

> Günter Spahn

Im Umfeld des jüngsten Besuchs von Chinas Staatschef Hu Jintao in den Vereinigten Staaten haben sich vor allem die deutschen Medien mit der Lobhudelei gegenüber der angeblichen wirtschaftlichen Großmacht China hervorgetan. Hu Jintao, so einige Zeitungen und Magazine, sei inzwischen gar der mächtigste Mann der Welt. Diese Aussagen belegen fehlende Kompetenzen für volkswirtschaftliche Zusammenhänge.

China habe geholfen, den Westen aus der Finanzkrise zu führen, sitze auf den größten Währungsreserven der Welt und sei die neue Supermacht.

Fakten sehen – nicht vor Ehrfurcht auf den Knien rutschen

Es ist angebracht, einige Fakten wieder zurechtzurücken. Gewiss ist China aufgrund des riesigen Menschenpotenzials und des enormen Nachholbedarfs seiner Bürger ein wichtiger Markt. Auch für deutsche Automobile. Und zweifelsfrei ist die chinesische Führung ehrgeizig, das überwiegend rückständige Riesenland auf eine höhere Stufe zu entwickeln; Chancen – neben der Automobilindustrie – für Firmen wie Siemens, Bosch, BASF und auch innovative Mittelständler.

Aber muss man deshalb vor China und seinen Machthabern auf den Knien rutschen, muss man, wie die angesehenen Tageszeitung „Die Presse“ (Wien) schrieb, „vor lauter Heißhunger auf ein Plätzchen im gigantischen chinesischen Hoffnungsmarkt“ sich die Bedingungen von China diktieren lassen? Keineswegs!

China ist nach wie vor ein Schwellenland

Zunächst darf daran erinnert werden, dass China nach wie vor ein Schwellenland ist. Dies sagte der Sprecher des Pekinger Handelsministeriums, Yao Jian, der darauf hinwies, dass Chinas Wirtschaftskraft auf dem Niveau eines Entwicklungslandes liege. Tatsächlich beträgt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf lt. IVW bescheidene 3.678 US-Dollar und befindet sich auf der IWF-Liste gerade einmal auf Platz 99. Zum Vergleich: Das Pro-Kopf-BIP in den USA beträgt absolut 46.381 US-Dollar – zwischen der angeblichen neuen Wirtschaftsgrößmacht und der größten Volkswirtschaft der Erde, den USA, liegen Welten. Zwar stieg die Wirtschaftskraft Chinas im abgelaufenen Jahr 2010 um beeindruckende 10,2% auf 5.409.698 Millionen US-Dollar – aber im Vergleich zu den USA, mit einem BIP von 14.584.169 Millionen US-Dollar, ist der Abstand Chinas zu den USA auch in Totalsummen immer noch riesengroß. Die USA werden auf sehr lange Zeit weiterhin die größte Volkswirtschaft der Welt bleiben.

Auch militärisch bleiben die USA unangefochten die Nummer eins. Während die Amerikaner im Berichtszeitraum 2009/2010 für Rüstung und Sicherheit

636 Milliarden US-Dollar ausgaben, betrug die entsprechende Ziffer für China – immerhin weltweit der zweitgrößte Rüstungsetat – gerade einmal 100,4 Mrd. US-Dollar (Quelle SIPRI). Unabhängig von diesen Zahlen kann

den Status einer führenden Wirtschaftsmacht beansprucht, kann auch nicht ansatzweise mit den USA oder Deutschland verglichen werden. China gilt als Land des Abkupferns, des Technologie-diebstahls, der Industriespionage und

listisch ist. Wäre der Devisenbestand vorhanden, würde er sich schnell relativieren, wenn China die „faulen Kredite seiner Regionalbanken in Höhe von rund einer Billion Dollar bedienen“ (The EpochTimes) und endlich in das marode

wirtschaft – all dies birgt die Gefahr sozialer Zündstoffe. Immer noch ist das Land bei höherwertigen Produkten zu stark auf westliche Vorlieferungen angewiesen. Spielwaren, einfache Haushaltsprodukte wie Bestecke, Baumwolltextilien, Textilien ohne Baumwolle, inzwischen auch Möbel – all diese Güter haben einen zu hohen Anteil am chinesischen Export. Und wenn sie dann mal Stahlgerüste für ein Kraftwerk in Nordrhein-Westfalen liefern, stimmt prompt die Qualität nicht. Der Stahl wurde inzwischen ausgetauscht und nicht mehr von China bezogen.

Der Regional-Jet C 919 kommt nicht aus den Startlöchern

Zwar verkündet die staatliche Propaganda immer wieder spektakuläre Durchbrüche in der Entwicklung höherwertiger Hightech-Produkte etwa beim Aufbau einer nationalen Flugzeugindustrie, aber die Passagiermaschine C 919 – ein Kurz- und Mittelstreckenjet – kommt einfach nicht aus den Startlöchern. Jetzt soll die Maschine als neuer Hoffnungsträger 2014 ihren Erstflug absolvieren. Der „Exportweltmeister“ China exportiert zu wenig Produkte mit eigener Entwicklung und Wertschöpfung.

Eigentlich produzieren die Chinesen Waren, deren Herstellung in klassischen Wirtschaftsnationen wie Deutschland und den Vereinigten Staaten zu teuer sind. China ist auf die USA angewiesen, nicht umgekehrt.

USA beanstanden Währungsmanipulation des Yuan

Die Vereinigten Staaten haben im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010 Güter aus China im Werte von 314 Millionen US-Dollar abgenommen, während die amerikanischen Exporte nach China lediglich ein Volumen von 82 Milliarden US-Dollar erreichten. Die Amerikaner werfen den Chinesen nach wie vor Währungsverzerrungen vor.

Der künstlich niedrig gehaltene Wechselkurs des Yuan verbilligt chinesische Exporte. Einige Studien sehen den Yuan bis zu 30% bewusst unterbewertet. Der amerikanische Milliardär und Immobilienunternehmer Donald Trump rief jetzt neben weiteren einflussreichen Senatoren und Kongressmitgliedern zu einer harten Gangart über drastische Zölle gegenüber China auf, weil China seine Währung manipulierte. Trump: „Wenn wir nichts mehr aus China kaufen, wird deren Wirtschaft zusammenbrechen.“ Dies kann aber niemand wollen, denn das Schwellenland China könnte sich auch für die amerikanische Wirtschaft zum wichtigen Markt entwickeln.

Für ein Hochjubeln einer Wirtschaftsgrößmacht China besteht absolut kein Grund – das Land hat immer noch zu viele Schwächen. Ein Vergleich mit den USA hinkt. Es ist Zeit, mit den Chinesen energischer zu reden. Sie brauchen die USA und deutsche Innovationen viel stärker als umgekehrt.



Realistisch gesehen bleiben die USA die führende Volkswirtschaft der Welt. Ein Symbol dafür ist das derzeit im Bau befindliche „One World Trade Center“ in New York – „Big Apple“ setzt mal wieder die Maßstäbe.

© Silverstein Properties, Inc

China kein Vorbild sein. Das Land verbindet die kommunistische Unterdrückung mit den Vorteilen der Marktwirtschaft. Würden westliche Wertevorstellungen von der Freiheit der Bürger Gültigkeit haben, könnte man alle großen Infrastrukturprojekte der „Volksrepublik“ vergessen. China könne „Berge versetzen“, schrieb die F.A.Z. und spielte auf den Bau des neuen Airports in der südchinesischen Millionenstadt Kunming an. Ohne Rücksicht wurden hier 50.000 Bauern zwangsumgesiedelt. Ein Regime, das mit derartigen Methoden

der Schikane gegenüber ausländischen Investoren. Immer noch werden die meisten chinesischen Firmen direkt und indirekt vom Staat kontrolliert und an der Wertschöpfung über das Bruttoinlandsprodukt partizipiert die chinesische Bevölkerung völlig unbefriedigend.

Relativer Devisenbestand

Gleiches gilt für den angeblich größten Devisenbestand der Welt, den China mit 2,6 Billionen US-Dollar angibt. Niemand weiß, ob diese Zahl überhaupt rea-

Gesundheitssystem investieren würde. Während die EU über den Zertifikatenhandel durch übertriebene Vorgaben industrielle Strukturen in Deutschland etwa in der Stahlindustrie gefährdet, kräht in China kein Hahn, wenn in einer unvorstellbaren Art die Luft verschmutzt wird, wie westliche Geschäftsleute, die das Land auch außerhalb der „Glitzerwelt“ kennen, bestätigen.

Die Anzahl der Menschen, die unter dem Existenzminimum leben, die Heere der Wanderarbeiter, der drohende Kollaps in der künstlich aufgeblähten Immobilien-

DIE DEUTSCHEN wollen die Olympischen Winterspiele

Die fünf Ringe begeistern nicht nur die Sportfans

> Günter Spahn

Olympia hat nach wie vor in der deutschen Bevölkerung einen überdurchschnittlich hohen Stellenwert – auch in der Akzeptanz! 75%, dies ergab eine aktuelle ZDF-Befragung beim Politbarometer finden die Winterspiele 2018 in Deutschland für gut! Das ist das Ergebnis einer Umfrage der renommierten Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen, die jetzt aktuell am 14. Januar 2011 veröffentlicht wurde. Lediglich 16% sind gegen die Spiele und 9% hatten keine Meinung zum Thema. Dabei war die Fragestellung klar: „Fänden Sie es gut, wenn die Olympischen Winterspiele in München stattfinden würden oder fänden Sie das nicht gut?“ Das Ergebnis zeigt vor allem, dass Sport nicht nur bei den eigentlichen Fans eine Herzensangelegenheit ist. Der Wintersport ist und bleibt in Deutschland populär.

Sportnation Deutschland hat 27 Millionen Mitglieder

Deutschland war, ist und bleibt eine Sportnation. Mehr als 27 Millionen Mitgliedschaften in 91.000 Vereinen und 97 Verbänden bilden im Deutschen Olympischen Sportbund – die Dachorganisation des deutschen Sports – die größte Personenvereinigung unseres Landes. Der Sport ist ein Spiegel unserer gesamten Gesellschaft und dies gilt keineswegs nur für den Spitzensport in seiner Funktion als Vorbild für die Jugend. Allerdings gewinnt die Akzeptanz des Sports in der Breite nicht zuletzt durch die Faszination des Spitzensports in der Präsentation durch die großen Events wie eben Weltmeisterschaften oder Olympiaden. Es sei in diesem Zusammenhang nochmals an die Fußball-WM 2006 erinnert, die selbst über die eigentlichen Fußballfans in der gesamten deutschen Bevölkerung eine unglaubliche Begeisterung auslöste. Gleichzeitig war die WM ein besonders gelungenes Beispiel für die erfolgreiche Sympathiewerbung in aller Welt. Sport ist in Deutschland längst Bestandteil der nationalen Kultur.

Dies gilt natürlich auch und gerade für Olympische Spiele, denn seit Beginn der Olympischen Spiele der Neuzeit, dies war 1896, ist Deutschland führend vertreten. 518 Olympiasieger und insgesamt 1.589 gewonnene Medaillen bedeuten im ewigen Medaillenspiegel (nach den Sommerspielen von Peking 2008) den



Freude: Münchens OB Christian Ude präsentiert das Bewerbungshandbuch München 2018 mit den Mitgliedern der Bewerbungsgesellschaft.

© München2018

Platz drei! 2006 war Deutschland bei den Olympischen Winterspielen in Turin die erfolgreichste Wintersportnation. Bereits dreimal richtete unser Land Olympische Spiele aus: 1936 in Berlin die Sommer-Olympiade und im gleichen Jahr in Garmisch-Partenkirchen die Winterspiele. 1972 war dann München Gastgeber für die Jugend der Welt bei den Sommerspielen und mit der jetzt vorgenommenen Bewerbung Münchens (mit Garmisch-Partenkirchen und dem Berchtesgadener Land) kann die bayerische Landeshauptstadt die erste Stadt werden, die sowohl Olympische Sommer- als auch Winterspiele ausgerichtet hat.

Idole und Legenden von Olympia

Die Faszination Olympia ist wohlbergründet. Zahlreiche Idole und Legenden wären zu nennen: Jesse Owens, Armin Hary oder das jetzige Aushängeschild der Olympiabewerbung 2018, die zweimalige Olympiasiegerin und mehrfache

Weltmeisterin im Eiskunstlauf, Katarina Witt. Natürlich lebt auch der Sport in einer exponierten starken Mediengesellschaft nicht mehr im kritikfreien Raum. Sport ist auch bedeutendes Business geworden und viele Idealisten bedauern dies. Es gibt Auseinandersetzungen um Interessen und dabei überlagert oft das Eigeninteresse den Gemeinnsinn.

Eckpunkte-Papier der Bewerbung misst Umwelt hohen Rang ein

In einer Gesellschaft, die zurecht für Umweltfragen sensibilisiert wurde, spielt natürlich die Schonung der Natur eine wichtige Rolle. Im Eckpunktepapier der Bewerbung „München 2010“ nimmt die Umwelt und Meteorologie einen hohen Stellenwert ein. Deshalb bekennt sich das Bewerberkonzept für die Winterspiele 2018 ausdrücklich zu einem Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzept. Die Vision München 2018 verlangt eine positive Umweltbilanz weit über 2018 hin-

aus, und diese Vision ist Bestandteil des übergebenen Bewerbungskonzeptes beim IOC in Lausanne.

Bei 74% der Flächen für Sportstätten handelt es sich um bereits jetzt durch den Sport genutzte Pisten, Anlagen und Bahnen; 25% der Flächen werden nur temporär für die Olympischen Spiele verwendet. Großanlagen wie die neue futuristische Großschanze in Garmisch-Partenkirchen sind bereits vorhanden. Auch für die Region Garmisch-Partenkirchen sind die Vorteile nicht wegzuleugnen. So wird das gesamte Werdenfeller Land durch eine attraktivere und schnellere Schienenanbindung und dem Ausbau der Bundesstraße zwischen Eschenlohe und Farchant mit Ortsumgehung Oberau profitieren.

Weniger Autoabgase im Markt Garmisch-Partenkirchen

Garmisch-Partenkirchen selbst wird endlich – ganz im Sinne der bisher geplagten Bevölkerung – vom Durchgangsverkehr durch die wichtigen Projekte der Infrastruktur (Wanktunnel – Bundesstraße Richtung Mittenwald und Innsbruck) und Kramertunnel (Richtung Ehrwald und Fernpass) spürbar entlastet. Im Tourismusbusiness wird die Attraktivität durch die Modernisierung des Eissportzentrums sowie des Alpspitzbades verbessert und dies gilt natürlich auch für das Berchtesgadener Land. Dort sind vor allem die Wettbewerbe im Bob- und Rodelsport vorgesehen.

Ganz erheblich verbessert wird auch der Schienenverkehr. In Garmisch-Partenkirchen verknüpfen sich die Hauptbahnstrecken nach München einerseits und Innsbruck mit der Nebenstrecke aus dem Allgäu und der Tiroler Region andererseits. Durch den Bau eines zusätzlichen zweigleisigen Abschnitts zwischen München und Garmisch-Partenkirchen wird das Bahnangebot für die Region dauerhaft verbessert.

Die „freundlichen“ Spiele

Alles in allem ist es nur schwer verständlich – wenn überhaupt –, dass beispielsweise die Grünen auf ihrem Parteitag in Freiburg gegen die Bewerbung München 2018 mehrheitlich votierten. Offenbar zum Leidwesen von Parteichefin Claudia Roth, die sich nach dem Parteitagsbeschluss aus dem Bewerber-Kuratorium zurückzog. Die Umwelt hat einen bemerkenswert hohen Stellenwert im Bewerbungskonzept und auch die erhebliche Verbesserung des schienengebundenen Verkehrs von und nach Garmisch-Partenkirchen sind eigentlich umwelt- und verkehrspolitische Trümpfe. 75% der Deutschen, dies ist eine erdrückende Mehrheit, sagen ja zur Olympiabewerbung. Das Konzept München 2018 schließt „die freundlichen Spiele“ mit ein, freundlich zu den Sportlern, freundlich zur weltumspannenden olympischen Idee mit ihren Werten und freundlich zur Zukunft und Umwelt vor Ort.



München wird im Bewerbungskonzept für den Bereich „Eis“ mit u. a. Eishockey, Eislauf und Curling zuständig sein. © München2018

Der WirtschaftsReport

www.zielgruppen-medien.de

Verlag:

Zielgruppen-Medien Verlag
Günter und Christian Spahn
Postfach 11 42; 85435 Erding b. München
Tel. 08122/48632, Fax 08122/95 70 77
E-Mail: info@zielgruppen-medien.de

Herausgeber & Chefredakteur:

Günter Spahn
guenter.spahn@zielgruppen-medien.de

Koordination & Layout:

Christian Spahn
christian.spahn@zielgruppen-medien.de

Technische Herstellung/Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt/Main

Copyright:

Zielgruppen-Medien Verlag Erding

DIE VISION nähert sich der Realität:

München 2018 überreichte in Lausanne offizielles Bewerbungsdokument



MÜNCHEN 2018

Candidate City

> Günter Spahn

Die Bewerbung für die Winterspiele 2018 in München, Garmisch-Partenkirchen und dem Berchtesgadener Land hat eine wichtige Etappe erreicht. Das offizielle Bewerbungsdokument in Form der sogenannten 400 Seiten starken Bewerbungsunterlage „Bid Book“, wurde am 11. Januar 2011 am Sitz des Internationalen Olympischen Komitee (IOC) durch eine Delegation der Bewerber-

kommt. Neben München mit Garmisch-Partenkirchen und dem Berchtesgadener Land haben sich noch das französische Ancey, unweit der schweizerischen Weltstadt Genf, sowie Pyeongchang (Südkorea) beworben. Ein wichtiger Termin nach der jetzt erfolgten Übergabe der Bewerbungsunterlagen München 2018 ist der 28. Februar 2011. Dann wird sich die IOC-Evaluierungskommission vor Ort einen Eindruck vom Konzept der Deutschen machen. Bis dorthin sollten alle Zwistigkeiten, etwa mit den

rausgesetzt, in der oberbayerischen Wintersportmetropole Garmisch, bereits 1936 Ausrichter der Winterolympiade, statt. München wird die Wettbewerbe „um das Eis“ ausrichten – vom Eiskunstlauf bis zum Eishockey. Im Berchtesgadener Land werden vorwiegend die Wettbewerbe Bob und Rodeln stattfinden.

Eine wichtige Generalprobe findet zwischen dem 7. und 20. Februar 2011 ebenfalls in Garmisch-Partenkirchen durch die FIS Ski WM 2011 statt. Von dieser Weltmeisterschaft versprechen sich die Verantwortlichen der Bewerbungsgesellschaft 2018 starke Impulse für die Olympiade 2018. Wie sind nun die Chancen für München 2018 zu sehen? Das Bewerbungskonzept ist eigentlich schlüssig. Hervorgehoben werden vor allem das starke Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzept sowie der Rückhalt durch die Politik sowohl im Bund als auch im Freistaat Bayern. So hat etwa der Bayerische Landtag über das „Olympiagesetz“ beschlossen, dass sich der Freistaat Bayern für eventuelle finanzielle Defizite im Umfeld der Spiele in Garmisch-Partenkirchen und im Berchtesgadener Land verbürgt. Auch der Münchener Stadtrat hat mit einer breiten Mehrheit im Oktober 2010 den „Eckpunkten der Bewerbung“ zugestimmt.

Wichtig jetzt ist das Erreichen einer großen Akzeptanz für die Bewerbung auch „vor Ort“ – vor allem in Garmisch-Partenkirchen, wo viele Landwirte ihre Grundstücke für die Spiele nicht zur Ver-

fügung stellen wollen. Dabei geht es nur im Konsens. Große weltweite Sport-Events erreichen heute nur noch Akzeptanz, wenn sie geschlossen getragen werden. Bereits die Ablehnung der Spiele durch die Grünen auf ihrem Bundesparteitag ist in Lausanne negativ registriert worden, nachdem auch der Deutsche Naturschutz-Ring aus der Bewerbung Olympia im deutschen Alpenraum ausgestiegen ist.

Es hilft alles nichts: es gilt jetzt, wie Katarina Witt richtig erkannt hat, die Knochenarbeit auch der persönlichen Überzeugungsarbeit fortzusetzen.

Olympia ist schließlich auch eine patriotische Angelegenheit und gleichzeitig eine Jobmaschine

Schließlich geht es auch um eine gute patriotische Sache! Olympia 2018 ist für Deutschland eine hervorragende Gele-

genheit, sich der Welt als aufgeschlossener Gastgeber zu präsentieren. Vom Bundespräsidenten über so ziemlich alle prominenten Sportgrößen, von Regierungsstellen bis hin zu den meisten Verbänden und führenden deutschen Unternehmen: alle sind sie vom Nutzen einer erfolgreichen Olympiabewerbung für Deutschland 2018 überzeugt.

Bereits bisher sind die Unternehmen Adidas, Allianz, BayWa, BMW, Flughafen München, Lufthansa, Deutsche Post und die S-Finanzgruppe im Kreis als „Nationale Förderer“ der Bewerbung vertreten. Hinzu kommen zahlreiche Firmen als nationale Ausstatter. Mit der Bewerbung sind wichtige und von der Bevölkerung insbesondere im Werdenfelser Land dringend gewünschte Projekte der Infrastruktur verbunden, die der Allgemeinheit zugutekommen. Ein Beispiel dafür ist die seit Jahren geforderte bessere Verkehrsanbindung sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße zwischen München und Garmisch-Partenkirchen. So werden die seit Jahren von der Öffentlichkeit geforderten Großtunnel am Wank und Kramer durch die Realisierung der Olympiabewerbung einen enormen Schub erhalten.

Bereits in der Realisierungsphase dieser Maßnahmen werden Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft gesichert. Den Jobfaktor Sport hat schon die Fußballweltmeisterschaft 2006, die für enorme Beschäftigungsimpulse sorgte, bewiesen. Auch München 2018 wird der Wirtschaft und der Beschäftigung einen starken Auftrieb geben. Während München als Boomtown nach wie vor ein Selbstläufer ist, steht etwa Garmisch-Partenkirchen als touristisches und sportliches Wintersportzentrum im harten Wettbewerb mit führenden Wintersportzentren im benachbarten Österreich und der Schweiz. Der Markt Garmisch-Partenkirchen braucht daher – ebenso wie das Berchtesgadener Land – im eigenen Interesse zur langfristigen Absicherung des Stellenwertes eines Wintersportzentrums eine Aufwertung durch Olympia, die der Allgemeinheit nützt. Gemeinnutz geht vor Eigennutz.



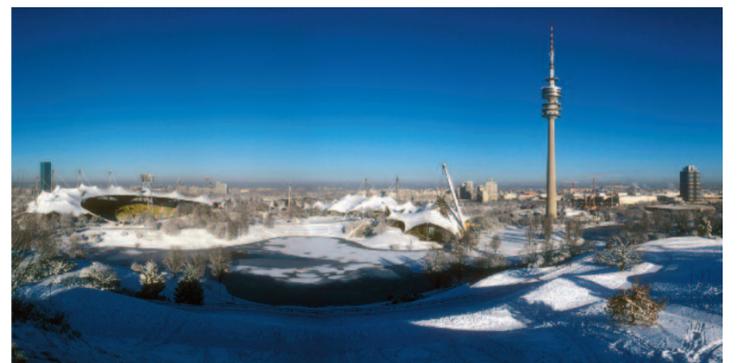
In Garmisch-Partenkirchen sind bereits wichtige Sportstätten wie die neue futuristische Groß-Skischanze vorhanden.

© München2018

bungsgesellschaft München 2018, von Katarina Witt, Vorsitzende des Bewerbungskuratoriums und Bernhard Schwank, Vorsitzender der Geschäftsführung der Bewerbungsgesellschaft, überreicht.

Die endgültige Entscheidung über den Zuschlag fällt am 6. Juli 2011. Dann wird sich herausstellen, wer zum Zuge

Landwirten in Garmisch-Partenkirchen, gelöst sein, denn wenn die Kommission den Eindruck gewinnt, dass man die Spiele in Garmisch-Partenkirchen nicht will, wäre dies ein vernichtender Schlag. Zwar segelt die deutsche Bewerbung unter „München 2018“, aber die eigentlichen Highlights im Schneegebiet finden nun mal, Zuschlag durch das IOC vor-



Eröffnungs- und Schlussfeier der Winter-Olympiade 2018 sollen in dem bereits vorhandenen Münchener Olympiastadion stattfinden.

© München2018

Die Faszination Olympia ist in Deutschland ungebrochen

Die Faszination Olympia ist ungebrochen! Seit der Begründung der modernen Olympischen Spiele durch den französischen Baron Pierre de Coubertin im Juni 1894 in Paris hat sich die Idee des völkerverbindenden Charakters großartig fortentwickelt. 1896 fanden dann die Spiele moderner Zeitrechnung erstmals in Athen statt. Lediglich in den Jahren 1916, 1940 und 1944 fielen die Spiele infolge der Weltkriege aus. Erstmals fanden dann die Winterspiele 1924 im französischen Chamonix statt.

Trotz vieler Begleitumstände wie Kommerz oder Doping ist das Ansehen der Olympischen Spiele als größtes Sportevent ungebrochen. 75% der Deutschen sagen ja zur

olympischen Bewerbung für die Winterspiele 2018 in Deutschland, weil mit Olympia eben nicht nur Steuergelder des Bürgers verbunden sind. Die Menschen haben auch in unserer modernen Mediengesellschaft in Deutschland, in der die Kritik oft überzogen wird, ein Gespür für die Freude der teilnehmenden Sportler und vor allem sehen die Bürger in der Ausrichtung von den Spielen auch die Chance für Deutschland, sich als weltoffener Gastgeber zu präsentieren. Dies mag sich vielleicht nicht unmittelbar in Euro und Cent zeigen – aber ohne Zweifel haben sportliche Großveranstaltungen auch für enorme wirtschaftliche Impulse gesorgt. Dies wurde ganz eindeutig durch die Aus-

richtung der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland bewiesen.

Ganz zweifelsfrei sorgen grundsätzlich Olympische Spiele auch als Schaufenster für das jeweilige Gastgeberland für einen wichtigen und beschleunigenden Schub für notwendige Vorhaben etwa in der Infrastruktur außerhalb der Errichtung von Sportstätten. Schwerpunkt der Ausgaben auch bei den Winterspielen 2018 seien hohe Aufwendungen auch für die Verbesserung der Mobilität, die auf den Steuerzahler zukommen würden. Wer so argumentiert, sagt aber nur die halbe Wahrheit, weil der Ausbau von Schiene und Straße vor allem zur Entlastung des enormen Durchgangsverkehrs auch ohne die

Olympischen Spiele notwendig ist und den Steuerzahler belasten. Der Vorteil der Winterolympiade liegt aber auch darin, dass die von der Bevölkerung seit Jahren geforderten Entlastungstunnel am Wank und Kramer in Garmisch-Partenkirchen einen „Drive“ bekommen, weil bis spätestens 2018 alles fertig sein muss.

Im kanadischen Vancouver entfiel der größte Ausgabenblock auf die bessere logistische Erschließung und lediglich 360 Millionen Euro für die Planung und den Bau der eigentlichen Sportstätten.

Auch beim Finanzierungskonzept für die Winterolympiade 2018 wird der größere Anteil auf die mit oder ohne Olympia notwendige

Verbesserung der Infrastruktur entfallen. Die deutsche Wirtschaft, dies zeigt bereits jetzt die prominente Liste der Förderer, macht die Bewerbung zur wichtigen nationalen Angelegenheit für Deutschland.

Durch Sponsoring, Fernsehrechte und Eintrittsgelder sollen die Ausgaben insbesondere für die Sportstätten gedeckt werden. Bei einer Kosten-/Nutzenanalyse werden die Vorteile die Aufwendungen erheblich überlagern – vom Werbepotenzial für Deutschland und die ausrichtenden Orte überhaupt nicht zu reden. Ausschlaggebend für die breite Zustimmung der Deutschen mit 75% ist aber die Freude und das Erlebnis der Faszination Olympia. Po

RAUMFAHRTINDUSTRIE verbessert Erdbeobachtung aus dem Weltraum

Ein Beitrag der globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung



Jede Minute im All ist verplant. Trotzdem fand sich im Zeitplan der ISS-Astronauten eine Lücke für den Einbau der Antenne.

© NASA

> Thomas Joppig

Als wichtiger Standort der Raumfahrtindustrie gehört Bremen zu den Vorreitern, wenn es darum geht, Schiffsortung aus dem All zu testen. Ihr Potenzial könnte sie in der Seenotrettung oder im Umweltschutz entfalten. Es ist nur eine kleine Antenne an der Internationalen Raumstation ISS – doch die weckt Hoffnungen. Schließlich empfängt sie seit etwa einem halben Jahr Schiffsmeldungen aus aller Welt. So viele sind es, dass die Meere auf der digitalen Weltkarte schon völlig übersät sind mit grünen Punkten. Bereits in den ersten 14 Stunden des Versuchs waren 90.000 Schiffsmeldungen an Bord der ISS eingegangen – von Kreuzfahrtschiffen, Tankern oder Containerfrachtern. Das Bremer Raumfahrtunternehmen Astrium hatte den Einbau von Receiver und Antenne an Bord der ISS organisiert. Mit einem Space Shuttle waren die Geräte zu der Raumstation transportiert worden. „Es war gar nicht einfach, im Zeitplan der Astronauten eine Lücke für den Einbau zu finden“, erinnert sich Projektleiter Dr. Hans Jörg Beestermöller. „Da oben ist jede Minute verplant.“ Das Forschungsprojekt im Auftrag der Europäischen Weltraumorganisation gehört zu den Vorbereitungen für das europäische Erdbeobachtungsprogramm GMES, das der globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung dienen soll. Dafür wird die satellitengestützte Erdbeobachtung mit terrestrischen, flugzeuggestützten, maritimen und weiteren Datenquellen verknüpft. Dieses Programm wird nun von der Europäischen Union schrittweise eingeführt.

Bisher verläuft der Versuch gut, sagt Beestermöller. „Die Receiver empfangen die Daten zuverlässig.“ Einzig die Signale aus Gegenden mit besonders viel Schiffsverkehr überlagern sich noch, doch er ist optimistisch, dass sich dieses Problem lösen lässt.

Eine Einschätzung, die er mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) teilt. Das DLR unterhält in Bre-

men ein Institut für Raumfahrtsysteme und will 2011 einen kleinen Satelliten namens AISAT ins All schicken, der erstmals auch aus vielbefahrenen Seegebieten klare Standortbeschreibungen liefern soll.

Standortvorteil für Bremen

„Das Thema Schiffsortung aus dem All spielt für Bremen eine wichtige Rolle“, sagt Dr. Stephan Holsten, Geschäftsführer

tem AIS. Schiffe mit einer Bruttoreaumzahl von mehr als 300 müssen dieses System seit Mitte 2008 an Bord haben. Das schreibt die Internationale Seeschiffahrtsorganisation IMO vor. AIS sendet und empfängt wichtige Informationen von Schiffen wie Name, Größe, Kurs, Position und Geschwindigkeit. Übermittelt werden die Daten per VHF-Radiosignal. Allerdings haben die Funksignale horizontal nur eine sehr begrenzte Reichweite von etwa 40 Seemeilen bzw. 74 Ki-

men Europa-Ableger in Bremen unterhält, bereits jetzt Schiffsortungen aus dem All an. Der europäische Orbcomm-Zweig gehört im Übrigen zur Hälfte dem Bremer Raumfahrtunternehmen OHB, das zurzeit ebenfalls Chancen der satellitengestützten Schiffsortung auslotet.

Vielfältige Erkenntnisse

Bei Orbcomm zählt bereits die amerikanische Küstenwache zu den Großkun-



Astrium-Projektleiter Dr. Hans Jörg Beestermöller in einem Nachbau des Columbus-Labors. Im Originallabor an Bord der Internationalen Raumstation ISS werden die Chancen der Schiffsortung ausgelotet.

© Thomas Joppig

mer der Landeseinrichtung CEON, die Anbieter und mögliche Nutzer von Raumfahrttechnologie miteinander ins Gespräch bringt. „In Bremen sind große Raumfahrtunternehmen ebenso ansässig wie wichtige Akteure der maritimen Wirtschaft. Das ist ein klarer Standortvorteil.“

Die Ortung aus dem Orbit basiert auf dem automatischen Identifikationssys-

tem. Vertikal reichen die Signale dagegen deutlich weiter – wie die erfolgreichen Versuche an Bord der ISS zeigen, denn die schwebt immerhin 400 Kilometer über der Erdoberfläche. Und die Angebote kommerzieller Anbieter zeigen bereits jetzt, dass auch Satelliten in 700 Kilometern Höhe die Schiffssignale noch empfangen können. So bietet die amerikanische Firma Orbcomm, die ei-

nen. Doch nicht nur Polizei-, Militär- und Sicherheitsbehörden sind an den Daten aus dem All interessiert. Denn die Erkenntnisse, die sich aus der Schiffsortung im All ziehen lassen, sind vielfältig: Ein gut ausgebautes Satellitensystem könnte zum Beispiel vor Kollisionen warnen, Seenotrettern wichtige Informationen liefern, aber auch Hinweise auf illegale Fischerei und Giftstoffentsorgung in den

Weltmeeren geben. „Gewiss lässt sich der AIS-Sender an Bord eines Schiffes ausschalten, aber wenn ein Schiff plötzlich von der digitalen Weltkarte verschwindet, wirkt das verdächtig“, sagt Udo Fox, Leiter des Rettungsdienstes der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Für die Seenotrettung sieht Fox vor allem auf internationaler Ebene Vorteile. „Für unsere Rettungsaktionen in der deutschen Nord- und Ostsee brauchen wir solche Angaben nicht. Da genügen uns Radarinformationen, und auch die AIS-Signale können wir direkt an der Küste empfangen.“

In weiten Teilen der Welt fehle es jedoch an solchen Überwachungssystemen – zum Beispiel an der Westküste Afrikas. Auch bei Notfällen fernab der Küsten wäre ein solches Satellitensystem hilfreich, meint Fox. „Man kann damit herausfinden, welches Schiff sich gerade in der Nähe befindet und dann die Besatzung gezielt ansprechen.“ Das sei eine gute Möglichkeit. „Allgemeine Hilferufe werden leider auch schon mal ignoriert. Denn ein Hilfseinsatz kostet die Reederei nun mal Zeit und damit Geld.“

Man brauche aber ein umfangreiches Netz an Satelliten und irdischen Empfangsstationen, damit die im All gesammelten Daten schnell übermittelt werden können. „Wenn ein Satellit erst lange umherkreisen muss, bis er eine Position erreicht hat, an der er sein Datenmaterial zur Erde senden kann, sind viele Informationen schon veraltet“, sagt Fox.

Eine Einschätzung, die der Bremer Reeder Niels Stolberg von der Schwergutreederei Beluga Shipping teilt – gerade im Hinblick auf die Gefahr von Piratenübergriffen: „Auch wenn wir die Technologie vor allem für die Kommunikation und die Schiffssicherheit nutzen, so sind die Möglichkeiten bei der Bekämpfung der Piraterie sehr begrenzt. Dafür sind die Ortungssysteme noch zu langsam.“ Dennoch setzt er Hoffnungen in die neue Form der Meeresüberwachung: „Unsere Erwartung ist letztendlich, dass wir mit der Satellitenkommunikation die Schiffssicherheit auf ein höheres Level heben können.“

Allerdings: Beim Verband Deutscher Reeder (VDR) blickt man mit gemischten Gefühlen auf die neuen Informationsmöglichkeiten. Die Reeder hätten das Satellitensystem gern schon ein paar Jahre früher gehabt, sagt VDR-Sprecher Max Johns. Schließlich habe die Internationale Seeschiffahrtsorganisation erst 2006 das System LRIT eingeführt, das ebenfalls der Schiffsortung auf längeren Strecken dienen soll. LRIT ist ein System, bei dem die Schiffskordinaten in einem Sechs-Stunden-Rhythmus an den jeweiligen Staat übermittelt werden, unter dessen Flagge das Schiff fährt. Der Datentransfer funktioniert, ähnlich wie beim Telefonieren auf hoher See, über eine Satellitenverbindung. LRIT ist für Reeder allerdings mit einem größeren Aufwand verbunden als das satellitengestützte AIS: „Man braucht eine spezielle Technologie zum Senden der Daten, und es fallen Verbindungskosten an“, sagt CEON-Geschäftsführer Holsten. „Zudem ist das Datenmaterial weniger aussagekräftig und nur einem eingeschränkten Empfängerkreis verfügbar.“ Das satellitengestützte AIS hätte denn auch nach Ansicht von VDR-Sprecher Johns „eine gute Alternative zu LRIT sein können“. Nun komme es darauf an, die Datenflut nicht unnötig zu erhöhen: „Sinnvoll wäre ein solches System wohl schon, allerdings sollte man dann im Gegenzug LRIT abschaffen.“

GROSSE INFRASTRUKTURVORHABEN in der Akzeptanzkrise

Deutschland verspielt seinen Standort-Vorsprung

> Günter Spahn

Die Ereignisse um Stuttgart 21 haben gezeigt, dass eine gesteuerte und sensibilisierte Öffentlichkeit den Protest zu einer neuen Kultur und Qualität entwickelt hat. Es gelang interessierten Kreisen, in einem großen Umfang das sogenannte „Bürgertum“ zum Widerstand zu animieren. Das Rezept war und ist dabei relativ einfach. Man instrumentalisiert egoistische Interessen und spielt diese gegen den Gemeinwohl aus. Die einen wollen auf Jahre keinen „Baulärm mit den verbundenen Behinderungen“, Geschäftsleute vermuten Umsatzeinbrüche in Einkaufsmeilen, die im Nahbereich der Großbaustellen liegen. Andere – ansonsten nicht gerade zimperlich, wenn es um die Pflege der Grünanlagen geht – haben plötzlich die schützenswerte Natur erkannt. Dies ist durchaus edel und gut, doch wenn Hunderttausende etwa den Berliner Tiergarten (Berlins grüne Lunge) bei Großveranstaltungen, wie früher bei der Love-Parade, mit einer riesigen Freiluft-Toilette verwechseln, dann kann darin kein Engagement für Bäume und Natur erkannt werden.

Und leider instrumentalisieren auch die politischen Parteien den Protest. Weshalb soll im Frühjahr eine erfolgreiche Landesregierung, die Baden-Württemberg seit vielen Jahren im Bundesländervergleich an der Spitze hält, wegen einem Bahnhof abgewählt werden? Warum wurde das unsinnige Wort „Wutbürger“ erfunden und wieso sollen die Bürger eine Wut haben? Weil es wieder unserer Wirtschaft gut geht und die Anzahl der Arbeitslosenziffern zurückging?

Die Welt ist nun einmal wie sie ist und Deutschland ist Teil dieser Welt. Ein Ideal gibt es nicht; positiven Entwicklungen stehen negative Erscheinungen gegen-

tionieren. Vom Weltkulturerbe allein kann niemand leben – vor allem die Bürger nicht. Und deshalb haben sich die Einwohner in Dresden in einer Abstimmung für eine neue Brücke – inzwischen realisiert – entschieden. Und siehe da – das „Elbflorenz“ ist weiterhin attraktiv und die Gäste kommen, ob es der Unesco gefällt oder nicht.

Mehr Transparenz

Weshalb haben große Infrastrukturvorhaben eine Akzeptanzkrise? Ist dies eine Modeerscheinung oder geht es beim Mobilisieren des Protestes auch um vermeintliche Wählerstimmen? Auf jeden Fall müssen in einer wachsenden Mediengesellschaft die Bürger – keine Frage – mehr in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Sind diese Entscheidungen aber unter Berücksichtigung der mehrheitlichen Interessen (und nur dies ist Demokratie) getroffen, müssen sie auch umsetzbar sein. Ansonsten bewegen wir uns in Richtung Anarchie. Die deutsche Bauindustrie empfiehlt daher die stärkere und rechtzeitige Beteiligung der Bürger durch eine frühe und offene Kommunikation. Mehr Transparenz muss einhergehen mit einem beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Dipl.-Ing. Herbert Bodner, hat im Januar 2011 auf einer Presseveranstaltung in Berlin die Richtung vorgegeben: „Politik und Verwaltung werden Strategien entwickeln müssen, wie sie die Akzeptanz für große Infrastrukturvorhaben in Deutschland verbessern wollen.“ Der noch amtierende Vorstandschef des Mannheimer Konzerns Bilfinger Berger (Bodner wird in diesem Jahr aufgrund des Pensionsalters in den Ruhestand gehen) erwähnte vor dem Hintergrund des zunehmenden Bür-

Investitionen auch ausländischer Firmen darstellt, hat der Verbandspräsident Politik und Wirtschaft gleichermaßen aufgerufen, einer negativen Entwicklung unseres Landes im gesamten volkswirtschaftlichen Interesse nicht tatenlos zuzusehen. Noch sind die Gefahren nicht für alle erkennbar, weil Deutschland

liegen, keineswegs den regional betroffenen Bürgern überlassen werden. Wir haben in Deutschland dafür gewählte Parlamente als legitimierte Institutionen (Bodner).

In Deutschland besteht vor allem ein Reformbedarf bei der Umsetzung der Planungs- und Genehmigungsverfahren. Es

dass diese auch den Hamburger Hafen (immer noch einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren für Hamburg und für die deutsche Import- und Exportwirtschaft) über die Elbvertiefung erreichen können. Es sei denn, wir geben Autarkie auf, verzichten auf unsere Häfen und lassen über Umwege vom Ausland aus verschiffen.



Das Projekt Stuttgart 21 wurde zum Symbol einer bundesweiten und lähmenden Akzeptanzkrise.

© Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V.

noch (die Betonung liegt auf noch) über ein relativ gutes Infrastrukturnetz verfügt.

Wenn bereits in einer frühen Phase der Großvorhaben berechnete Bürgeranliegen in den Planungen vorgesehen würden, könnte man vielen Infrastrukturgegnern „den Wind aus den Segeln nehmen“, sagte Bodner. Freilich, und dies ist ein gesellschaftliches Problem unserer Zeit, wird es immer Demonstranten geben, denen es leider nicht mehr um die Sache geht. Diese werden aber relativ schnell durchschaut, wenn man etwa neutrale Mediatoren einschaltet, die zwischen den Bürgern, der Politik und der Verwaltung vermitteln. Ein gutes Beispiel dafür ist das Projekt der neuen Landebahn Nordwest am Airport Frankfurt; hier konnte dank eines Mediators das Projekt ohne größere Konflikte umgesetzt werden.

Lösung Schlichter?

Allerdings zeigt das Beispiel des Schlichters Geißler, der beim Projekt Stuttgart 21, sowohl von den Gegnern als auch von den Befürwortern bei der Installation akzeptiert wurde, dass auch ein Schiedsrichterspruch nicht unbedingt von den Fundamentalisten der Gegner eines Projektes anerkannt wird; es geht dann wirklich nur noch um Rabatt!

Verbandspräsident Bodner empfiehlt, bei den regionalen Vorhaben die betroffenen Bürger bereits in einer frühen Phase einzubinden, damit Vorteile und Kosten einer regionalen Infrastrukturmaßnahme eingeschätzt werden können. So haben sich die betroffenen Bürger bei der frühzeitigen Meinungsbeteiligung zur Waldschlößchenbrücke in Dresden ganz bewusst für die Brücke entschieden. Leider wurden aber auch bei diesem Projekt Kräfte von außen bis hin zur Unesco mobilisiert.

Allerdings kann die Entscheidung bei überregionalen Infrastrukturvorhaben, die im Interesse des gesamten Landes

kann nicht im Sinne der Allgemeinheit sein, dass etwa durch regionale Proteste und Einwendungen zwischen der Planung und der Realisierung in Deutschland oft 20 Jahre liegen. Hier werden viele volkswirtschaftliche Ressourcen verschwendet. Wir sind in Deutschland als eine führende Exportnation in die weltweiten Strukturen eingebunden. Wenn beispielsweise im weltweiten Schiffsverkehr vom Ausland immer größere Schiffe eingesetzt werden, dann müssen die Voraussetzungen geschaffen werden,

Man kann dies machen – ob es sinnvoll wäre, ist eine andere Frage.

Wichtig ist, dass die einmal gefällten „demokratischen Entscheidungen für oder gegen ein Infrastrukturvorhaben von der unterlegenen Partei respektiert werden“, sagte Bodner. Wenn nämlich, so Bodner weiter, die Gegner eines Projektes wie Stuttgart 21 für sich ein übergesetzliches Widerstandsrecht reklamieren, dann stellen sie die Grundsätze unseres Rechtsstaates in Frage. Dies kann eigentlich niemand wollen.



Verbandspräsident Herbert Bodner fordert neue Akzeptanzstrategien. © Bilfinger Berger

über. Vom Lob ist es zum Tadel nicht weit. Länder und Großstädte entwickeln sich weiter und stehen untereinander im weltweiten Standortwettbewerb. Dafür braucht man eine leistungsfähige Infrastruktur. Natürlich kann man beispielsweise aus einer gewissen Distanz eine neue Brücke in Dresden ablehnen – aber eine Stadt wie Dresden muss auch funk-

gerwiderstandes gegen große und notwendige Infrastrukturprojekte die Fehmarnbeltquerung, die Hochmoselbrücke oder jetzt aktuell das Verkehrsprojekt „Stuttgart 21“. Mit dem Hinweis auf die Gefahren für die nachlassende Qualität des Standortes Deutschland durch eine nicht mehr optimale Infrastruktur, die oft der ausschlaggebende Maßstab für

Bau-Umsätze 2011 auf Vorjahresniveau

Das deutsche Bauhauptgewerbe hat den Anschluss an den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung noch nicht geschafft. Diese Auffassung vertrat in Berlin der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Dipl.-Ing. Herbert Bodner, in seiner Jahresauftaktpressekonferenz. Während die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes 2010 ein Umsatzplus von 12% verbuchen konnten, seien die Umsätze im Bauhauptgewerbe um nominal 1% gesunken. Für das Jahr 2011 erwartet Bodner bestenfalls stabile Umsätze auf Vorjahresniveau.

Vor allem der Wirtschaftsbau habe 2010 die Baubilanz belastet. Die Konjunktur im verarbeitenden Gewerbe sei zwar angesprungen; es brauche jedoch noch einige Monate, bis wieder bauintensive Erweiterungsinvestitionen in Auftrag gegeben würden. Dennoch sei das Umsatzminus dank des gesamtwirtschaftlichen Aufschwungs mit 4,5% nicht ganz so hoch ausgefallen wie zunächst befürchtet. Ob der Wirtschaftsbau schon 2011 wieder Tritt fassen werde, hänge davon ab, wie robust sich der augenblickliche Aufschwung erweisen werde.

Dagegen habe der Erholungsprozess im Wohnungsbau bereits 2010 deutliche Fortschritte gemacht, berichtete Bodner. Die Stabilisierung der Einkommenserwartungen im Zuge des Konjunkturauf-

schwungs, ein wieder erwachtes Interesse der Anleger an Wohnimmobilien, anhaltend niedrige Zinsen und das hohe Niveau der Förderung der energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes habe zu einem Umsatzplus von nominal 6% beigetragen.

Als enttäuschend bezeichnete Bodner die Entwicklung des Öffentlichen Baus im Jahr 2010. Immerhin habe der Bund im Rahmen seiner zwei Konjunkturprogramme für die Jahre 2009 und 2010 Investitionsmittel im Umfang von knapp 15 Mrd. Euro bereitgestellt. Trotzdem seien die Umsätze im Öffentlichen Bau 2010 nicht gestiegen, sondern um 3% zurückgegangen. Bodner führt dies auf einen verzögerten Abfluss der Fördermittel, die Streichung des Zusätzlichkeitskriteriums im Zukunftsinvestitionsgesetz und die starke Konzentration der Fördermittel auf die energetische Sanierung im Gebäudebestand zurück.

Für 2011 erwartet Bodner einen weiteren Rückgang der Umsätze im Öffentlichen Bau von 4,5%. Ein tiefer Einbruch sei im kommunalen Bereich zu befürchten. Darauf deuteten die Ergebnisse des KfW-Kommunal-Panels hin, nach dem die kommunalen Investitionen (einschließlich kommunale Unternehmen) 2011 um 13% von 35,5 auf nur noch 31. Milliarden Euro zurückgehen würden.

DAGEGEN ZU SEIN reicht nicht aus, um ein erfolgreiches Bundesland zu führen:

Vielen geht es nicht um Stuttgart 21 – sie wollen die Macht

> Günter Spahn

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, so wurde er jetzt bei den jüngsten Demonstrationen gegen das Projekt Stuttgart 21 geliefert. Obwohl Gegner als auch Befürworter des Projektes den allseits anerkannten Heiner Geißler als Schlichter akzeptierten und dieser sich in neun Schlichtungsrunden vom 22. Oktober bis

30. November 2010 um eine ausgewogene Balance bemühte, wird offenbar sein Schlichterspruch „Stuttgart 21 plus“, der zahlreiche Wünsche und Anregungen der Gegner berücksichtigte, von den notorischen Protestierern nicht anerkannt. Bei der neuen Demonstration am 29. Januar 2011 haben sich viele Teilnehmer als politische Trittbrettfahrer entlarvt. Immer mehr wird offenbar, dass es längst nicht mehr um Stuttgart 21 geht, sondern um die Erlangung von

Macht durch ein politisches Bündnis jenseits der Mitte. Vor allem den Grünen geht es nicht mehr um die politische Kultur und um die Sache; es geht um die Teilhabe an einer Regierung, die das „Erfolgsmodell Baden-Württemberg“ ablösen soll. Dies geben die Grünen, die jetzt eine bemerkenswert starke Präsenz bei der jüngsten Demonstration zeigten, auch ganz offen zu, indem etwa die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stuttgarter Gemeinderat, Muhterem Aras, zur

Abrechnung am Wahltag am 27. März 2011 (Landtagswahl in Baden-Württemberg) aufrief.

Mit Verlaub, für wie naiv halten die Protestierer und insbesondere die Grünen, aber auch die baden-württembergische SPD, die Wähler in Baden-Württemberg, wenn sie dazu auffordern, eine erfolgreiche Politik abzulösen? Weshalb soll etwa der Wähler im Schwarzwald, am Bodensee, in Karlsruhe, Mannheim-Heidelberg, Tauberbischofsheim, Heilbronn oder in Heidenheim wegen einer zwar in der Tat wichtigen, aber nicht landesweit dominierenden Einzelmaßnahme eine der erfolgreichsten deutschen Landesregierungen abwählen, nur um ein fragwürdiges Risiko einzugehen?

Die Bevölkerung in Baden-Württemberg ist nicht blind. Sie weiß, dass das Land seit seiner Gründung im Jahre 1952 von Reinhold Maier (FDP), Gebhard Müller, Kurt Georg Kiesinger, Hans Filbinger, Lothar Späth, Erwin Teufel, Günther Oettinger und aktuell von Stefan Mappus (alle CDU) jedenfalls so geführt wurde, dass Baden-Württemberg immer die Spitze in der Leistungskraft markierte und somit die wenigsten Arbeitslosenziffern hatte und hat. Möglich gemacht hat dies eine ausgewogene Wirtschafts-, Struktur- und Innovationspolitik mit den entsprechenden Rahmenbedingungen für Investitionen.

Weshalb soll eine Landesregierung ausgetauscht werden, deren unvertrautes Land Baden-Württemberg zusammen mit Bayern, Hessen und dem Stadtstaat Hamburg zu den wenigen Geberländern

im Länderfinanzausgleich gehört?

Wo soll die Alternative bei einer rot-grünen baden-württembergischen Landesregierung liegen, deren „Amtsbrüder“ in Nordrhein-Westfalen (dort regiert eine rot-grüne Minderheitsregierung) soeben ihren Haushalt per Beschluss des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichts gestoppt bekommen haben? Nein, die jahrzehntelange Erfolgsbilanz Baden-Württembergs ist zweifelsfrei belegbar. Immer stärker wird deutlich, um was es beim „Protest“ beim Projekt Stuttgart 21 in Wirklichkeit geht – um die Machtbesessenheit von rot-grün. Sie wollen endlich in Baden-Württemberg auch einmal Dienstwagen fahren.

Stuttgart 21 ist auch eine Maßnahme zur Verbesserung der Infrastruktur im Lande, die wiederum die Attraktivität weiterer Investitionen absichert. Wer immer noch, trotz Schlichtungsspruch, zum weiteren Protest aufruft, bewegt sich in die Nähe der Anarchie. Diese kann aber Baden-Württemberg als eine der herausragenden europäischen Wirtschaftsregionen absolut nicht gebrauchen.

Schließlich – und auch dies hat der Schlichterspruch dokumentiert – entschieden bei einem Ausstieg von Stuttgart 21 je nach Gutachten zwischen einer Milliarde und 1,5 Milliarden Euro Kosten, für Alternativen liegen keine Baugenehmigungen vor. Die jetzt vor allem von den Grünen durch die geforderte „Wahlabrechnung“ angeheizten Demonstrationen lassen die Frage offen, wie eine rot-grüne Landesregierung dieses Problem lösen würde.



Geht es den Stuttgart 21-Gegnern noch um das Projekt oder steht der Machtwechsel im Vordergrund?

© Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V.

VOM „LÄNDLE“ in die Welt – Baden-Württemberg hat die Industriekultur geprägt:

Spitzenprodukte, Beschäftigung und Politik: Garanten des Modells Baden-Württemberg

Die Daimler AG, feierte am 29. Januar 2011 in ihrem futuristischen Museum in Anwesenheit der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel das 125-jährige Jubiläum der Erfindung und Patentierung des Automobils. Die weltweite Erfolgsgeschichte Mobilität durch das Automobil ist untrennbar mit den baden-württembergischen Städten Mannheim und Stuttgart verbunden.

Carl Benz tüftelte in seiner Werkstatt in den Mannheimer T-Quadraten an seinem Motorwagen und am 29. Januar 1886 wurde das Patent für „Carl Benz, Mannheim“ dokumentiert. Bereits am 3. Juli 1886 absolvierte Carl Benz die ersten Probefahrten auf Mannheims Straßen. Nur 130 km weiter, in Stuttgart, arbeitete fast zeitgleich Gottlieb Daimler an seinem motorisierten Kutschenwagen, der 1887 fertig wurde. Die Mannheimer Firma Carl Benz und die Stuttgarter Fabrik von Gottlieb Daimler fusionierten dann 1926 zur Daimler-Benz AG. Heute firmiert der Konzern kurz als Daimler AG und die weltberühmten Fahrzeuge unter dem Zeichen des Sterns und die Fabriken heißen in Anerkennung von Carl Benz „Mercedes-Benz“.

Baden-Württemberg ist aber auch Heimat und Stammsitz der weltweiten Bosch-Gruppe, die u.a. weltgrößtes Automobilzulieferer-Unternehmen wurde. Heute ist Bosch auf verschiedenen Geschäftsfeldern bis hin zur Hydraulik eines der innovativsten Unternehmen überhaupt.

Baden-Württemberg wurde insbesondere nach dem 1952 erfolgten Zusammenschluss der „alten“ Traditionsländer Baden und Württemberg (nach dem 2. Weltkrieg auch Württemberg-Hohenzollern)



Hoher Besuch beim Festakt 125 Jahre Automobil in Stuttgart. Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel flankiert von Stefan Mappus, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Daimler-Chef Dr. Dieter Zetsche.

© Daimler AG

zu einer einmaligen Erfolgsstory, die sich, wie jetzt die Bundeskanzlerin erwähnte, zu einem „Modell deutscher Erfolge“ entwickelte.

Mehrere Kriterien sind für den Erfolg Baden-Württembergs als führendes Bundesland verantwortlich. Zu nennen wäre (Benz, Daimler und Bosch stehen dafür) die großartige Industriekultur mit stets hochmotivierten Tüftlern und fleißigen Menschen im Lande am Bodensee, Schwarzwald, Rhein-Neckar-Zusammenfluss in Mannheim, dem „Madonnenland“ um Tauberbischofsheim, Heil-

bronn, Stuttgart und der Schwäbischen Alb. Hinzu kommt eine großartige Anzahl von weltweit führenden Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung, für die nur stellvertretend für die anderen Wissens-Zentren die älteste deutsche Universität, die „Ruperto Carola“ in Heidelberg (viele Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten bezeichnen sie als die beste deutsche Universität), hier genannt werden kann.

Vom Lande der Tüftler gingen natürlich die Patente um die Welt. Baden-Württembergs Unternehmen stehen oft an der

Spitze des technischen Fortschritts. So ganz zufällig ist dies freilich auch nicht. Es bedurfte vernünftiger Rahmenbedingungen mit einer Balance zwischen den unternehmerischen Interessen und der Allgemeinheit. Baden-Württemberg schuf die politischen Rahmenbedingungen mit einem prosperierenden Investitionsklima, setzte auf eine vorbildliche Hochschulpolitik auch durch neue Hochschulgründungen wie in Konstanz und realisierte vor allem eine gesicherte Energiestruktur. Wichtig war auch der vorbildliche Ausbau der Anbindungen an die internationalen Ver-

kehrsnetze zu Land, zu Wasser und zu Luft. So hat die Politik am Ausbau des so wichtigen Airports in Stuttgart und der dort benachbarten modernen Messe auch gegen den lokalen Widerstand festgehalten – Maßnahmen, die heute der gesamten Bevölkerung zugutekommen und die wirtschaftliche Potenz des Landes unterstreichen.

Wenn Baden-Württemberg heute zu den Räumen mit den wenigsten Arbeitslosen gehört, so ist dies auch der Ausgewogenheit der Wirtschaftsstruktur zu verdanken. Zentren der Wirtschaft sind neben den beiden Metropolregionen Stuttgart und Mannheim (Rhein-Neckar) der Bodenseeraum mit Friedrichshafen und Konstanz, Oberschwaben mit Ravensburg, die Technologieregion Karlsruhe sowie der Raum um Heidenheim, der von der Firma Voith angeführt wird. Baden-Württemberg hat zusammen mit dem benachbarten Bayern die mit Abstand geringsten Arbeitslosenziffern mit zwischen 4 und 4,3%. Zum Vergleich hat Nordrhein-Westfalen 8,1% Arbeitslose (Dezember 2010). Wichtig war und ist auch, dass sich die Bevölkerung in Baden-Württemberg basierend auf der guten Wirtschaftspolitik des Landes immer auch einen gewissen Realitätssinn bewahrt hat. Als sich in anderen Ländern die Menschen zuweilen den Ast absägten auf dem sie saßen (etwa in der Ablehnung hochmoderner und emissionsparender Kraftwerke), stimmte beispielsweise die Mannheimer Bevölkerung mehrheitlich für einen neuen Block 9 am Großkraftwerk Mannheim. Nutznießer ist das Mannheimer Turbinenwerk der deutschen Alstom AG mit der Sicherung von Arbeitsplätzen. Im Ländle konnte man immer unterscheiden zwischen Stimmungsmache und Realität. Sp

VÁCLAV KLAUS, Präsident der Tschechischen Republik, stellte sein neues Buch vor:

EUROPA? – Reden, Vorträge und Textbeiträge

> Günter Spahn

Wer sich mit dem Staatspräsidenten der Tschechischen Republik, Prof. Dr. Václav Klaus, in einer Diskussion zur volkswirtschaftlichen Lage der EU anlegen will, muss sich vorher gut vorbereiten, denn allgemeine Floskeln und Antworten der Gesprächsteilnehmer prallen an dem Volkswirtschaftler ab. Dies mussten sowohl prominente Gäste als auch Journalisten jetzt in Nürnberg erfahren. Präsident Václav Klaus stellte anlässlich einer Einladung durch Hans-Peter Schmidt (Honorarkonsul der Tschechischen Republik und Aufsichtsratsvorsitzender der NÜRNBERGER VERSICHERUNGSGRUPPE) in Nürnberg sein neues Buch unter dem Titel EUROPA? vor.

Das gängige Klischee des angeblichen „Euro-Kritikers Klaus“ lässt der Staatspräsident nicht gelten. „Ich bin kein Euro-Kritiker, ich bin Euro-Realist“, sagte das Staatsoberhaupt in Nürnberg in Bezug auf die Entwicklung der EU. Und wenn man fair ist, muss man eigentlich anerkennen, dass ihn die europäische Entwicklung leider (das Wort leider benutzt Klaus bei seiner Buchpräsentation oft) bestätigt. Derzeit diskutieren die EU-Staaten darüber, ob der Rettungsschirm über 750 Milliarden Euro für finanzschwache und überschuldete EU-Länder überhaupt noch reicht. Der Hauptansatz von Präsident Klaus, bewusst nicht nur aus der Sicht des erfahrenen Politikers, ist der, dass die EU in ihrer viel zu schnell vorgenommenen Erweiterung vor allem volkswirtschaftlich nicht funktioniert. Zwischen der wirtschaftlichen Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Mitglieder liegen Welten.

Vorwort von Altbundespräsident Roman Herzog

Das jetzt präsentierte neue Buch ist eigentlich im klassischen Sinne einer fort-schreibenden Handlung kein Buch; auf 182 Seiten dokumentiert Präsident Klaus eine Ansammlung seiner gehaltenen Reden, Vorträge und Diskussionsbeiträge aus seiner Sicht als Politiker und Wissenschaftler und genau dies macht das Buch so interessant. Die üblichen politischen populistischen Verbeugungen vor dem Zeitgeist (gesagt und geschrieben wird, was Wählerstimmen bringen könnte) macht Klaus nicht. Insofern ist er auch ein Mahner. Dies bestätigt auch der ehemalige deutsche Bundespräsident Roman Herzog in einem Vorwort: „Václav Klaus ist sowohl ein glänzender Wissenschaftler als auch ein profilierter Politiker aus den höchsten Rängen seines Landes. In beiden Eigenschaften ist er dafür bekannt, dass er die Dinge, die ihn beschäftigen, ja umtreiben, fast gnadenlos auf den Punkt bringt.“ Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen, denn

bequeme Abwiegeleien blinder Europa-Phantasten, denenzufolge Klaus eben ein notorischer Gegner Europas sei, sind ihm zu einfach gestrickt.

So fasst Klaus auf Seite 16 des Buches seine Grundhaltung zu Europa zusammen: „Obwohl es manche Politiker und Journalisten anders sagen, ich habe nie

Hauptfigur der EU nicht mehr der Bürger, sondern die Beamten und Bürokraten seien. „Dies hat unvermeidlich Planung, Regulierung, Kontrollierung und Koordinierung zur Folge“, schreibt Klaus etwa in einem interessanten Beitrag für die F.A.Z., der ebenfalls Bestandteil des vorgestellten Buches ist.

Ansatz, ist die EU ein schwer steuerbares Gebilde geworden. In einem Umfeld der Veränderung der Denkweisen der Bürger in Europa sei es gleichzeitig zu einer weitgehenden Erweiterung und Vertiefung der EU gekommen, sagte Klaus in der Berliner Humboldt-Universität Ende April 2010. „Die Anzahl der Mitgliedsstaaten

Zeitung „Die Welt“ heißt es z.B. zum Strommarkt unter der Überschrift Markt in Auflösung „Wie viel Markt gibt es überhaupt noch, der da, von wem auch immer, manipuliert werden könnte? Das Kartellamt gibt selbst ernüchternd Auskunft: 65% des Strompreises ist von den Unternehmen gar nicht mehr direkt beeinflussbar“, schreibt die „Welt“ und bestätigt damit indirekt Präsident Klaus in seiner Kritik bei zu vielen dirigistischen Eingriffen in die Wirtschaft. Die Energiewirtschaft als eine Säule der Volkswirtschaft wird durch Vorgaben Brüsseler Eurokraten immer mehr zu einer Planwirtschaft. Unter dem Einfluss einer grünen Ideologie, die Klaus auch schonungslos beschreibt (u.a. auch in seinem Buch „Blauer Planet in grünen Fesseln“), sind wir in Europa über den modernen Ablasshandel, der sich Emissions- bzw. Zertifikatenhandel nennt, dabei, durch völlig unrealistische Vorgaben wichtige Schlüsselindustrien (dazu zählt auch die Stahlindustrie) in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten außerhalb Europas zu gefährden. Wir werden uns alle noch früher oder später an den Mahner Klaus erinnern und auch deshalb verdient sein neues Buch, das zum Nachdenken zwingt, eine breite Resonanz – auch und gerade in der europäischen Politik.

Vorbild China?

Gewiss, man muss nicht alle Thesen von Klaus übernehmen. China kann z.B., abweichend von den Thesen des Präsidenten Klaus, noch lange kein Modell für den Rest der Welt sein. Klaus erwähnte in Nürnberg, dass die Soziale Marktwirtschaft ein Modell von gestern sei; Orientierung mit seinen enormen Wachstumsraten würden China, Indien und Schwellenländer in Südamerika bieten. Die heutige Wirtschaftsform der Bundesrepublik Deutschland, die Soziale Marktwirtschaft, sei Vergangenheit. Darüber könnte man allerdings mit Klaus ein akademisches Streitgespräch führen. Gewiss ist ihm – vor allem im Hinblick auf die Eingriffe auch in die deutsche Energiepolitik und Energiewirtschaft – auch beizupflichten, wenn er sagt, dass die heutige Soziale Marktwirtschaft nicht mehr konform gehe mit den Vorstellungen von Ludwig Erhard. Aber insgesamt kann das chinesische Wirtschaftsmodell noch lange kein Vorbild sein, wenn etwa daran erinnert werden darf, dass das Regime nach wie vor nicht zimperlich ist, wenn es darum geht, große Projekte der Infrastruktur durchzusetzen und zu realisieren. Da werden einfach 50.000 Bauern beim Bau eines neuen Flughafens in Kunming im Süden Chinas zwangsumgesiedelt. Man stelle sich so ein Verhaltensstrickmuster in Deutschland vor.

Erhältlich ist das Buch „Europa?“ überall im Buchhandel (ISBN 978-3-939645-35-1) sowie direkt beim Verlag (context-mv.de) zum Preis von 24,80 Euro.



Prof. Dr. Václav Klaus ist seit 2003 Staatspräsident der Tschechischen Republik. Er studierte an der Wirtschaftsuniversität Prag und im Zuge der gesellschaftlichen Liberalisierungen der 60er Jahre auch in Italien und den USA. Als Volkswirt arbeitete er in der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und bei der Nationalbank. Seine politische Laufbahn begann er im Wendejahr 1989 als Finanzminister. 1991 gründete Klaus die bürgerlich-demokratische Partei ODS. Von 1992 bis 1997 war er Premierminister. Während seiner Amtszeit erfolgte 1993 die friedliche Teilung der Tschechoslowakei in die zwei selbstständigen Staaten Tschechische Republik und Slowakische Republik.

© Context Verlag

behauptet, dass ich die positiven Ergebnisse der europäischen Integration nicht sehe und wahrnehme. Gleichzeitig kann ich aber nicht einige Tendenzen, Pläne und Projekte ignorieren und diese anders als kritisch ansehen.“ Klaus beklagt, dass durch den zu starken Transfer von Kompetenzen nach Brüssel, eine Entwicklung eingetreten ist, in der die

Wie stellt sich aber Präsident Klaus Europa vor? „Ich will ein Europa, das auf vernünftiger und freundschaftlicher Zusammenarbeit von gleichwertigen und souveränen europäischen Staaten basiert“ (Seite 61) und gleichzeitig zeigt Klaus auf, wie die Realität Europas, genauer der EU, wie er sagt, aussieht. Tatsächlich, auch da hat Klaus den richtigen

hat sich beinahe verdoppelt und deshalb wurde die EU viel weniger homogen. Demzufolge ist ihre Entscheidungsfähigkeit gesunken ... Das hat auch zu einer Erhöhung der Transaktionskosten geführt, die das Funktionieren der größeren EU erfordert“, so Klaus auf Seite 63. In einem interessanten Kommentar vom 14. Januar 2011 in der renommierten

Staatspräsident Václav Klaus: Politiker und Wissenschaftler

Presseveranstaltungen mit Staatspräsident Prof. Dr. Václav Klaus können unverwechselbar werden und sich zu Sternstunden auch für Journalisten entwickeln. So war es auch bei seiner neuen Buchvorstellung „Europa?“ in der Noris. Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly bezeichnete die Buchpräsentation als die interessanteste, die er seit langer Zeit erlebt habe. Tatsächlich war der Präsident in seinem volkswirtschaftlichen Element, als er, mehr Wissenschaftler als Politiker, ganz wie in einem

Hörsaal einer Universität ein Flip-Chart zur Unterstreichung seiner Thesen wollte. Dies wurde dann auch schnell herbeigebracht und schon zeigte der Präsident selbstgemalte Diagramme zur Unterstreichung seiner Thesen auf. Ob alle im Auditorium seine „Vorlesung“ verstanden? Wenn nein: an der Sprache hätte es jedenfalls dann nicht gelegen, denn der Präsident referierte in einem perfekten Deutsch.

Prof. Dr. Klaus ist in seiner Kompetenz auch als Wissenschaftler und Volkswirtschaftler

unverwechselbar; in Nürnberg hatte man den Eindruck, dass ihm der Hörsaal zumindest genauso viel Freude macht, wie sein Präsidentenamt oben auf dem Prager Hradschin. Der derzeitige Präsident der Tschechischen Republik war noch nie ein bequemer Mann in der Politik. Vielleicht ist Klaus für die politische Alltagsarbeit zu intelligent. Immerhin schloss er sein Studium der Außenhandelsökonomie 1963 an der Prager Universität ab und in den 60er Jahren absolvierte er Studiengänge in Italien und in den

USA. Von 1971 bis 1986 arbeitete Klaus an verschiedenen Stellen bei der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (CSAV), der tschechoslowakischen Zentralbank und beim Prognostischen Institut der Akademie der Wissenschaften, wo er sich mit Makroökonomie beschäftigte. Klaus ist Mitglied der Mont Pèlerin Society (MPS), einem Zusammenschluss liberaler Intellektueller, die sich zum Ziel setzen, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Privateigentum und Wettbewerb zu fördern. Diese Ideale brach-

te Klaus als wichtigster Mann der Einführung einer freien Marktwirtschaft (nicht Soziale Marktwirtschaft) nach der Wende in der damaligen Tschechoslowakei ein. Weltweite Bewunderung erhielt er als Ministerpräsident (1992-1997), als er 1993 die Teilung des Landes in die Tschechische Republik und Slowakei friedlich organisierte, was keineswegs selbstverständlich war, wenn man nur an die Begleitumstände beim Auseinanderdriften des ehemaligen Jugoslawien denkt.



SHEN YUN PERFORMING ARTS 神韻晚會

„Ich habe das Gefühl
wieder in China zu sein.“
— Bai Ling, Hollywood-Star

„Definitiv inspirierend, da waren
starke Persönlichkeiten auf der Bühne.“
— Gregor Hatala, Erster Tänzer, Wiener Staatsoper

„Absolut schön ... ich glaube,
ich habe auch ein paar neue Ideen
für den nächsten Avatar gefunden.“
— Robert Stromberg, Bühnenbildner für den Film Avatar

„Eine glanzvolle Reise in die 5000-jährige
Geschichte und Kultur Chinas.“
— San Francisco Chronicle

„Sie haben mehr als perfekte Technik
sie zeigen sich mit ihrer Seele!“
— Elvis Stojko, Weltmeister im Eiskunstlauf

SHENYUNPERFORMINGARTS.ORG



EINE AUFFÜHRUNG VON Shen Yun bedeutet traditionelle chinesische Kultur, wie sie sein sollte: Eine Studie über Anmut, über Weisheit und all die Tugenden, die sich aus fünf Jahrtausenden chinesischer Zivilisation herauskristallisiert haben. Die klassisch ausgebildeten Tänzer, Musiker und Sänger von Shen Yun Performing Arts teilen eine Vision: Chinesische Kultur ihrem früheren glorreichen Zustand entsprechend wiederzubeleben und auszubauen.

Jedes Jahr treten sie mit einer spektakulären neuen Produktion auf.

Keine andere Kunstform weist solche starken Qualitäten in der Feinheit des Ausdrucks und eine solche Vielfalt an Techniken auf, wie der klassische chinesische Tanz. Es bedarf jahrelangen harten Trainings, um die vielen Sprünge, Salti, feinen Gebärden und das innere Gefühl zu beherrschen. Die Tänzer müssen sich in der chinesischen Kultur auskennen,

um die Haltung zu erreichen, die benötigt wird, um alte Legenden und Heldenfiguren zum Leben zu erwecken.

Zusätzlich zu den klassischen Formen zeigt Shen Yun die unverwechselbaren Farben und Stile des Volkstanzes. Choreografen schöpfen aus dem kulturellen Erbe von mehr als zwanzig Dynastien und fünfzig Ethnien, um Stücke zu erschaffen, die von den nördlichen Steppen der Mongolei bis zu den üppigen Wäldern von

Yunnan reichen. Zu den beeindruckendsten Elementen jeder Shen Yun-Show gehören die groß angelegten Ensemblestücke, in denen Dutzende von Tänzern sich wie ein Körper über die Bühne zu bewegen scheinen.

Für diejenigen, die sich gegenüber dem Chinesischen ein wenig fremd fühlen: Keine Angst! Die Show basiert auf der chinesischen Kultur, aber die Werte, die es darstellt, gehören der gesamten Menschheit.

26.-27. Februar 2011

JAHRHUNDERTHALLE
FRANKFURT

TICKET HOTLINE:
+49 (0) 1805/69 74 69*
www.ticketonline.de

Präsentiert vom Deutschen
Falun Dafa Verein e.V.

04.-06. März 2011

FESTSPIELHAUS
BREGENZ

TICKET HOTLINE: +43 (0) 5574/4080,
LINDAUPARK-I-PUNKT: +49 (0) 8382/2 77 56-0
www.v-ticket.at

Präsentiert vom Liechtensteiner
Falun Dafa Verein e.V.

20.-21. April 2011

FORUM AM SCHLOSSPARK –
LUDWIGSBURG (STUTTGART)

TICKET HOTLINE:
+49 (0) 711 / 25 55 555
www.easyticket.de

Präsentiert vom Deutschen
Falun Dafa Verein e.V.

01.-04. Mai 2011

WIENER
STADTHALLE

OETICKET: +43 (0)1/96 0 96
STADTHALLE: +43 (0)1/79 999 79
www.stadthalle.com

Präsentiert vom Österreichischen
Falun Dafa Verein und ArsCara